



Deutsche Gesellschaft
für die Vereinten Nationen e.V.
United Nations Association of Germany

Stellungnahme von Dr. Ekkehard Griep, Bundesvorstandsvorsitzender der DGVN, zur Anhörung des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestags zum Thema „Vereinte Nationen stärken – Handlungsfähigkeit und Kooperation zukunftsfest machen“ am 29. Januar 2024

1. Wo wir stehen

Das 50. Jubiläum des UN-Beitritts der damals beiden deutschen Staaten im letzten Jahr sowie der geplante UN-Zukunftsgipfel im September 2024 bieten eine Gelegenheit, neu über Deutschlands Ziele und Profil in den Vereinten Nationen nachzudenken. Das internationale System befindet sich in einer Wendezeit, die aktiv gestaltet werden muss. Uns eint die Überzeugung, dass nur ein starkes multilaterales System mit den Vereinten Nationen im Zentrum ein friedliches, stabiles und nachhaltiges Miteinander der Staaten ermöglichen kann. Starke Vereinte Nationen liegen deshalb im ureigensten deutschen Interesse – und unser Land kann noch mehr tun, um die Vereinten Nationen zu stärken.

Im Rahmen der Vereinten Nationen ist Deutschland seit Jahrzehnten ein zentraler Akteur. Es bringt sich in vielen UN-Initiativen ein, ist viertgrößter Beitragszahler zum regulären UN-Haushalt und nach den USA gegenwärtig der zweitgrößte Geber zum UN-System insgesamt.

Dennoch könnte Deutschland in den Vereinten Nationen mehr Engagement zeigen und sein Profil – das zuweilen konturenschwach erscheint – schärfen. Wofür steht das deutsche UN-Engagement bei der Bewältigung der Krisen und bei Gestaltung der gemeinsamen globalen Zukunft inhaltlich jenseits des (reinen) Mitmachens? Wie könnte das strategische Engagement in den kommenden Jahren gestärkt werden?

Deshalb sollte Deutschland...

- ... sich noch mehr und sichtbarer als bisher als starke und verlässliche Stimme in allen drei Säulen der UN-Tätigkeit – Frieden und Sicherheit, Entwicklung sowie Menschenrechte – für eine gerechte internationale Ordnung einsetzen, in der alle Mitgliedstaaten, ob groß oder klein, die vereinbarten Regeln einhalten. In Fällen von Unterschieden in der Interpretation von bestehenden Regeln, müssen multilaterale Organisationen und Instanzen der Vereinten Nationen richtungsweisende und bindende Lösungen suchen und finden, die dann auch alle Mitgliedsländer verpflichten, einzuhalten. Deutschland muss sich dafür stark machen, dass Konflikte in Anwendung von Kapitel VI der UN Charta behandelt werden. Deutschland sollte ein gutes Beispiel



setzen und das eigene Interesse an einem funktionierenden, effektiven und inklusiven UN-System stärker gewichten als nationale Partikularinteressen.

- ... als Brückenbauer insbesondere gegenüber den Ländern des Globalen Südens agieren und bei ausgewählten Dossiers Expertise und Verhandlungserfahrung aufbauen, um sein Gewicht und seine Glaubwürdigkeit noch effektiver als Vermittler nutzen zu können.
- ... die eigene historische Erfahrung mit tiefgreifenden Transformationsprozessen – insbesondere im Zuge der deutschen Wiedervereinigung, aber auch z.B. bezogen auf die Energiewende – in die internationale Debatte über die notwendige Transformation unserer Welt hin zu einer nachhaltigen Entwicklung im Sinne der Agenda 2030 der Vereinten Nationen einbringen. Ziel muss es sein, auch angesichts der massiven Herausforderungen, die insbesondere die sich beständig verschärfende Klimakrise mit sich bringt, ein positives Narrativ und mit Partnern gemeinsam umsetzbare Projekte des globalen Wandels zum Besseren zu entwickeln.

2. Frieden und Sicherheit

Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine sowie der Abzug aus Mali und Afghanistan haben Fragen von Frieden und Sicherheit und die Handlungsfähigkeit des UN-Systems ins Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit gerückt. Angesichts globaler Implikationen kann und darf diese Zeitenwende nicht nur national oder europäisch verstanden werden. Deshalb sollte Deutschland...

- ... seine Rolle als Ko-Verhandlungsführer des Zukunftsgipfels im Jahr 2024 nutzen, um mit Partnern, insbesondere aus dem Globalen Süden, Reformvorschläge zur Steigerung von Effektivität und Legitimation der UN-Governance zu diskutieren.
- ... neben bestehenden Verpflichtungen gegenüber NATO und EU, zivile, polizeiliche und militärische Beiträge zu UN-Friedensmissionen aufrecht zu erhalten, sein Engagement für die Reform des UN-Peacekeeping weiter ausbauen und dazu verstärkt in Partnerschaften mit Ländern des Globalen Südens investieren.
- ... noch gezielter Personalaufbau (zivil, polizeilich und militärisch) für die Wahrnehmung herausgehobener Aufgaben in politischen Missionen sowie in UN-Friedensmissionen betreiben.
- ... weiterhin im Sinne der Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs), insbesondere des SDG 16, für ein breites Verständnis von Friedens- und Sicherheitspolitik eintreten, das sich auf menschliche Sicherheit fokussiert und darauf abzielt, alle Formen von Gewalt zu reduzieren, Zivilpersonen zu schützen und Konfliktzyklen zu durchbrechen.



- ... zivilgesellschaftliche Akteure aller Geschlechter, insbesondere junge Menschen, bei deren Einsatz für Frieden und Sicherheit in bilateralen Beziehungen wie auch in den Vereinten Nationen stärken und dabei auf die Umsetzung der UN-Sicherheitsratsresolutionen zu Frauen, Frieden und Sicherheit und zu Jugend, Frieden und Sicherheit drängen.
- ... sich für einen neuen Anlauf für Abrüstung, Nichtverbreitung und Rüstungskontrolle stark machen.
- ... die Umsetzung der Schutzverantwortung (Responsibility to Protect) als besonderen Teil des Konfliktmanagements und der Konfliktprävention weiterhin aktiv fördern.
- ... sich weiterhin dafür stark machen, Verstöße gegen das Völkerrecht kollektiv zu benennen, zu verurteilen, die Täter zur Rechenschaft zu ziehen und zur Wiedergutmachung zu verpflichten.

3. Nachhaltige Entwicklung und Klimagerechtigkeit

Die Agenda 2030 der Vereinten Nationen bildet eine globale Richtschnur für die Transformation unserer Welt zu einer nachhaltigen Entwicklung. Die Armut-, Hunger-, Biodiversitäts- und Klimakrise lässt sich nur im globalen Maßstab lösen; Frieden, Stabilität und Resilienz sind ohne nachhaltige Entwicklung unerreichbar. Deshalb sollte Deutschland...

- ... verstärkt dafür eintreten, die von der Agenda 2030 geforderte Transformation weltweit umzusetzen und zu finanzieren. Hierfür sind bilaterale Energie- und Klimapartnerschaften grundsätzlich geeignete Instrumente. Im Sinne der Agenda 2030 sollten sie alle Dimensionen von Nachhaltigkeit einbeziehen, um effektiv zu sein. Zusätzlich sollte Deutschland den G7-Beschluss umsetzen, die im Jahr 2021 ausgeschütteten IWF-Sonderziehungsrechte u.a. in Klima- und Entwicklungsfinanzierung zu investieren.
- ... im Rahmen der Agenda 2030 seine bi- und multilaterale Entwicklungszusammenarbeit noch effektiver auf den Abbau wachsender globaler Ungleichheiten, v.a. der Überwindung von Hunger und extremer Armut ausrichten. Hierbei sollte die ODA-Quote von 0,7% des BIP in künftigen Haushaltsjahren zuverlässig eingehalten werden.
- ... es zu einer Priorität seiner Entwicklungspolitik machen, die globale Staatenverschuldungskrise zu bewältigen – in multilateraler Zusammenarbeit unter Ägide des UN-Sekretariats und unter Einbeziehung privater und öffentlicher Gläubiger. So können betroffenen Staaten Räume für notwendige Investitionen in nachhaltige



Entwicklung erhalten. Hierzu bedarf es auch einer Reform der Weltbank im Einklang mit den Zielen für nachhaltige Entwicklung.

- ... mit seiner Klimapolitik eine Vorbildrolle einnehmen und einen mit der 1,5-Grad-Celsius-Grenze des Pariser Klimaübereinkommens vereinbaren Dekarbonisierungspfad einhalten. Für mehr Transparenz sollte das Klimaschutzgesetz um einen regelmäßigen Abgleich mit dem deutschen CO₂-Budget ergänzt werden, wie es vom Sachverständigenrat für Umweltfragen berechnet worden ist.
- ... die 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) systematisch ins politische Handeln integrieren. Die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie sollte so überarbeitet werden, dass Nachhaltigkeitspolitik nicht parallel zur Fachpolitik betrieben wird, sondern jedes Politikfeld seinen notwendigen Beitrag zur Erreichung der Nachhaltigkeitsziele leistet. Hierfür sollten die Empfehlungen des Global Sustainable Development Report 2023 im Rahmen der anstehenden Überarbeitung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie umgesetzt werden.
- ... alle politischen Programme, Gesetzentwürfe, Gesetze, Verordnungen und sonstigen staatlichen Aktivitäten routinemäßig auf ihre Konsistenz zur Agenda 2030 überprüfen.

4. Menschenrechte und Völkerrecht

75 Jahre nach Verabschiedung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte stellen mächtige Staaten – insbesondere Russland mit seinem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine – die Geltung des Völkerrechts und den internationalen Menschenrechtsschutz grundsätzlich infrage. Eine friedliche und gerechte Weltordnung kann jedoch nur auf Grundlage des Völkerrechts, im Einklang mit der UN-Charta und unter Achtung der kodifizierten Menschenrechte gelingen. Deshalb sollte Deutschland...

- ... mit anderen Staaten das UN-Menschenrechtssystem finanziell, personell und politisch so unterstützen, dass es seine Aufgaben wahrnehmen kann und für Individuen wie Zivilgesellschaft ohne Repressalien zugänglich bleibt. Deutschland muss sich entschieden allen Narrativen entgegenstellen, die internationalen Menschenrechtsschutz mit einem absoluten Souveränitätsverständnis abblocken.
- ... die Glaubwürdigkeit des Menschenrechtsrats stärken, indem die Voraussetzungen für eine Mitgliedschaft im Menschenrechtsrat neu diskutiert und die Rechenschaftspflicht der Ratsmitglieder durch einen Verhaltenskodex erhöht werden.
- ... sich als treibende Kraft für die Fortentwicklung der internationalen Strafgerichtsbarkeit einsetzen. Bei Strukturermittlungen und der Sicherung von Beweisen kann Deutschland notwendige Ressourcen und wichtiges Know-how bereitstellen.



- ... die eigene Glaubwürdigkeit im Einsatz für Menschenrechte weltweit stärken, indem es einen ressortübergreifenden Mechanismus für die systematische Weiterverfolgung von Empfehlungen der UN-Menschenrechtsorgane an Deutschland etabliert. Das gilt insbesondere für die Ergebnisse des Universal Periodic Review (UPR).

5. Starke und handlungsfähige Institutionen

Die Vereinten Nationen sind nur so stark und nur so handlungsfähig, wie ihre Mitgliedstaaten es erlauben – und zu finanzieren bereit sind. Deutschland kann durch finanziellen Einsatz und eine strategisch aufgestellte UN-Politik wichtige Beiträge leisten. Deshalb sollte Deutschland...

- ... auf dem Weg zu einer ausreichenden Finanzierung des UN-Systems weiter vorangehen, deutlich mehr freiwillige Beiträge leisten sowie Pflichtbeiträge weiterhin stets pünktlich und vollständig begleichen. Freiwillige Beiträge für Entwicklung und humanitäre Hilfe sollten langfristig angekündigt werden, um Planungssicherheit zu schaffen, und mindestens zur Hälfte ohne Zweckbindung geleistet werden.
- ... innerhalb Deutschlands die Bedeutung der Vereinten Nationen auch öffentlich stärker hervorzuheben, etwa durch die Ausrichtung eines jährlichen Aktionstag zum Tag der Vereinten Nationen am 24. Oktober. Einen Fokus sollte dabei die Unterstützung von politischer Jugendbildung im Bereich Vereinte Nationen darstellen, etwa durch Förderung von Model-United-Nations-Projekten für Schülerinnen und Schüler in allen Schulformen und die Neuauflage der in Kooperation mit der DGVN ausgerichteten UN-Jugendkonferenz am 15./16. Juni 2023, einschließlich einer inhaltlichen Auswertung
- ... sein UN-Engagement sowie Ziele und Fortschritte der deutschen UN-Politik jährlich im Plenum des Bundestags debattieren und Experten und Expertinnen aus Zivilgesellschaft und Wissenschaft regelmäßig anhören.
- ... beim Thema UN-Sicherheitsrat auch im Rahmen der anstehenden Kampagne für einen nichtständigen Sitz den Fokus auf eine Reform der Arbeitsmethoden dieses Gremiums und seiner Zusammensetzung legen.
- ... sich aktiv dafür einsetzen, dass als Nachfolge von UN-Generalsekretär António Guterres erstmals in der UN-Geschichte eine Frau zur UN-Generalsekretärin gewählt wird. Dies beinhaltet ein starkes Engagement für eine moderne und geschlechtergerechte UN-Personalpolitik auf allen Ebenen und das Einfordern der strikten Umsetzung der Null-Toleranz gegenüber sexueller Gewalt.